

Der europäische Hochschulraum,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist eine gute Idee. Einfache Wechsel der Studienorte, Austauschprogramme für Lehrende, intensive transnationale Vernetzung der Forschung. Insgesamt: Einheitliche Regeln, die ermöglichen, dass sich die Vielfalt von allen nutzen lässt.

Leider ist es kaum mehr als eine Idee. Denn hinter ihr steht wenig hochschulpolitischer Wille und kaum Kenntnis der Hochschulpraxis. Das ist schade. Denn im Unterschied zu zahlreichen anderen Politikfeldern lassen sich politische Intentionen im Politikfeld Hochschule umsetzen.

Allerdings: Auch ohne Hochschulpolitik tut sich etwas. Tatsächlich ist ein transnationaler Hochschulraum im Entstehen, allerdings als unbeabsichtigter Nebeneffekt hochschulpolitischer Versäumnisse und nicht europaweit, sondern in erster Linie zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Das Wintersemester 2011/12 beginnt für die österreichischen Universitäten mit einem einsamen Rekord an Studieninteressierten aus Deutschland. Für die Schweiz zeichnete sich dasselbe ab, aber Ende August wurde die Notbremse gezogen: Zum Studium berechtigt sind nur noch jene Ausländer, die in ihrem Heimatland einen Studienplatz nachweisen können. Die Schweiz schüttelt damit die Lückenbüßerrolle für die deutsche Hochschulpolitik ab. Dem EU-Mitglied Österreich versperrt der EuGH diesen Ausweg. Er fordert Gleichbehandlung der Studienplatzbewerber aus allen Mitgliedsländern.

Man sieht sofort dreierlei: Erstens, die Transnationalisierung des Hochschulraumes findet statt. Zweitens, die Muttersprache definiert die Grenzen des gemeinsamen Hochschulraumes. Drittens, die Transnationalisierung des Hochschulraumes ist stark asymmetrisch. Die Hauptursache dafür sind die national unterschiedlichen Formen der Bewirtschaftung des Mangels an Studiermöglichkeiten. Restriktive Regulierung des Hochschulzugangs (Numerus clausus), pretiale Lenkung (Studiengebühren), chaotische Selbstorganisation (freier Universitätszugang mit knock-out-Prüfungen).

Die Asymmetrie zu Gunsten der Bundesrepublik liegt nicht nur an den Größenunterschieden der Länder. Dass proportional viel mehr deutsche Studierende nach Österreich kommen (wollen) als umgekehrt, liegt an der unterschiedlichen Durchlässigkeit der Eintrittsregeln: Ein Numerus clausus ist eine eindeutige Sache, Eingangsprüfungen nicht. Also sind die öster-

reichischen Universitäten eingeklemmt zwischen einer verblasenen Politik des freien Hochschulzugangs und dem EuGH. Die österreichische Wissenschaftspolitik sieht seit Jahren gelassen zu, wie die Universitäten untergehen. »Deutsche Studenten überrennen Ösi-Unis« schrieb Der Spiegel schon am 17. Januar 2006. Heuer kommt ein besonders starker Ansturm aus Bayern nach Österreich, im kommenden Jahr aus Baden-Württemberg, beides der Umstellung von 9 auf 8 Jahre Gymnasium wegen. Die Aufhebung der Wehrpflicht in Deutschland kommt noch dazu.

Obszön lesen sich vor diesem Hintergrund Stellenabbaupläne für deutsche Universitäten. Sie werden das Problem, dass viele ihre Bildungsentscheidungen unter unzumutbaren Restriktionen treffen müssen, noch weiter verschärfen. Die Tageszeitung »Der Standard« (13. 8. 2011) meint, die österreichische Regierung könne sich bei der Hochschulfinanzierung »ein Beispiel an Deutschland nehmen«. Wenn deutsche Hochschulpolitik in Österreich als Vorbild erscheint, muss die Situation dort wirklich verheerend sein.

Hat das Ganze auch irgendetwas Gutes? Hinter dem Rücken der Hochschulpolitik zeitigt die Malaise bemerkenswerte Europäisierungseffekte: Trotz politisch inszenierter Drängelei um knappe Studienplätze, gibt es kaum Ressentiments unter den Studierenden. Hier zeichnet sich ein europäisches Wir-Bewusstsein ab, dem nationale Herkunft unwichtig wird. Langfristig werden die Länder, die Studierende anziehen, Vorteile haben. Und es entsteht eine Generation hoch Gebildeter mit einem soliden Bewusstsein für die Hilflosigkeit nationalstaatlich beschränkter Politik.

Was könnte man tun? Die schwachen Ansätze transnationaler Organisation von Universitäts-Interessen müssen zur nachholenden institutionellen Europäisierung der Hochschulen genützt werden. Denn die gegenwärtigen Probleme haben im Kern ihre Ursache in der defizitären Institutionalisierung des europäischen Hochschulraumes. Und wenn auf der Ebene der Gesamt-EU nichts weiter geht, dann muss sich eben eine Avantgardegruppe bilden. Auch das ist nicht anders als in anderen Politikfeldern. Vielleicht kann man die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Möglichkeiten einer »verstärkten Zusammenarbeit« hochschulpolitisch nutzen. Kaum sonst wo ist eine abgestufte Integration so leicht und mit so wenig politischen Kosten realisierbar wie in der Hochschulpolitik (siehe Sprachgrenzen). Jedenfalls gilt für die Hochschulen wie für alle anderen Politikfelder auch: Erst nationalstaatliche Souveränitätsverzicht machen souveräne Bildungsentscheidungen möglich.

Ihr  
Georg Vobruba